

Wien und die staatliche Ernährungspolitik.

Bezirksvorsteher Reichsratsabgeordneter Benzel *Ruhn* hat im Abgeordnetenhaus eine Anfrage an die Regierung eingebracht, in der er darauf verweist, daß in bezug auf die Lebensmittelversorgung die Reichshauptstadt in jeder Beziehung von den staatlichen Zentralstellen abhängig ist und daß deshalb auch die gegen die Gemeinde Wien von der Staatsverwaltung wiederholt erhobenen Vorwürfe wegen unrichtiger Verteilungsmaßnahmen ungerechtfertigt sind, weil die Regierung immer verlangte, daß das verteilt werde, was die Regierung nicht zur Verfügung gestellt hatte.

Der Interpellant verlangt im Interesse der sicheren Versorgung der Stadt Wien: Die Anlegung eines eiserne[n] Vorrates von mindestens 2000 Waggons Getreide für die Versorgung der 2-Millionen-Bevölkerung. Nur im Jahre 1915 — bevor also das k. k. Amt für Volksernährung bestand — war es möglich, eine Reserve von 1200 Waggons (deutsches Mehl) anzulegen, welche über alle kritischen Momente, welche naturgemäß Verkehrsstörungen usw., insbesondere aber der Übergang von der alten zur neuen Ernte, herbeiführen, hinweghelfen. Diese Forderung muß jetzt am Beginn der neuen Ernte mit allem Nachdrucke erhoben werden.

Bei Fett und Fleisch hat sich die zentrale Bewirtschaftung in keiner Weise bewährt. Weder ist ein Abbau der Preise eingetreten, noch ist die Vieh- und Fettausbringung in befriedigender Weise geregelt. Trotz des gewiß herrschenden Mangels in Wien verdirbt das den Bauern auf dem flachen Lande abgenommene Fett, weil die verantwortlichen politischen Behörden in der Provinz es unterlassen, rechtzeitig die erforderlichen Verfügungen zu treffen. Verteilung von Fett und Fleisch durch die Zentralen ist regellos. Die Höchstpreisverordnung in Fleisch und Fett hat das Unglück vollgemacht. Aus Ungarn kommen überhaupt keine Waren (Schweine oder Schweineprodukte), sie können nur auf Schleichwegen gegen enorme Preise bezogen werden. Schweinefett notiert heute in Ungarn Kr. 22.— pro Kilogramm gegenüber dem Oesterreich und Ungarn in gleicher Weise erstellten Detailhöchstpreis von Kr. 9.60 pro Kilogramm. Eine energische Maßnahme der Regierung zur Behebung der Schweine- und Fettnot muß in letzter Stunde getroffen werden, da die bisherigen Verordnungen der österreichischen Regierung an dem passiven Verhalten der ungarischen Staatsverwaltung gescheitert sind. Es ist auch nicht einzusehen, warum die Heeresverwaltung nicht einen Teil der mit großen Vieh- und Lebensmittelbeständen gesegneten besetzten Gebiete, insbesondere Russisch-Polen und Serbien, für die Versorgung wenigstens des größten Konsumplatzes Wien freigibt, da dies ohne Beeinträchtigung des Bedarfs der Heeresverwaltung nach eingeholten Informationen leicht möglich ist. So hat die Gemeinde Wien eine Zeitlang mit Zustimmung des Armeekorps-Oberkommandos Schweine und Rinder aus Russisch-Polen und Serbien bezogen; seitdem auch dieses Bezugsrecht an die staatliche Zentralstelle (die frühere „M. I. S.“) übergegangen ist, wurde Wien überhaupt ausgeschaltet.

Ebenso verhält es sich mit der Versorgung von Hülsenfrüchten: Die Gemeinde Wien hatte große Einkäufe getätigt im Jahre 1914 und Anfangs 1915. Seit der staatlichen Bewirtschaftung sind weder aus der Ernte 1915 noch aus der Ernte 1916 der Gemeinde Wien Hülsenfrüchte überlassen worden. Gerade in der jetzigen Zeit der Kartoffelnot und des Gemüsemangels fehlen diese Lebensmittel.

Das im Vorjahre inaugurierte System der strengen staatlichen Bewirtschaftung der Kartoffeln hat theoretisch vollkommen gestimmt, praktisch aber vollkommen versagt. Ein Ausgleich zwischen dem jetzt von der Regierung beabsichtigten strengen System der staatlichen Kartoffelbewirtschaftung und den Kartoffellieferungsgeschäften wird unvermeidlich sein.

Die von der Regierung in der jüngsten Zeit erlassenen Verordnungen über die staatliche Einschränkung auf die Obst- und Gemüseversorgung, welche sich ohne eine staatliche Bewirtschaftung darzustellen, auf Androtzwang und Höchstpreise beschränkte, hat, wie die Wiener Märkte beweisen, ebenfalls versagt. Hauptgrund ist auch in diesem Belange unsere Abhängigkeit von den ungarischen Bezügen, für welche keine oder wesentlich höhere Höchstpreise bestehen. So wie bei Fett und Fleisch können auch die Fragen der Obst-, Gemüse- und Kartoffelversorgung nur gemeinsam mit Ungarn gelöst werden.

Die vor 14 Tagen in Kraft getretene Heu- und Strohverordnung hat ebenso wie alle übrigen Regierungsverordnungen vollkommen versagt. Die Wirkung der allgemeinen Beschlagnahme an Heu und Stroh äußert sich darin, daß die Ware vom Markt verschwunden ist, weil zu den normierten Höchstpreisen nichts abgegeben wird. Dagegen kann aus Ungarn Heu um 60 bis 70 Kronen per Meterzentner bezogen werden, wogegen die österreichische Futtermittelzentrale, welche Heu und Stroh zu bewirtschaften hat, heute auch nicht über einen halben Heu verfügt. Eine derartige Verordnung, verbunden mit der staatlichen Bewirtschaftung, hätte eben zur Voraussetzung gehabt, daß vorerst der Aufbringungsapparat geschaffen werde, was leider unterlassen wurde, so daß

wir heute vor einem Vakuum stehen, das zur Abschlachtung der Melkkühe innerhalb des Wiener Gemeindegebietes führen muß!

Der Interpellant verweist schließlich auf die Notwendigkeit, daß den Kohlenlagerplätzen, welche für die ärmere Bevölkerung von der Gemeinde Wien geschaffen wurden, Kohle von der Regierung zugewiesen wird, was bis jetzt nicht geschehen ist.

Die Anfrage schließt: Es muß insbesondere verlangt werden, daß diese Zentralen lediglich auf gemeinnütziger Basis arbeiten, daß wirklich nur erprobte Fachleute in diesen Zentralen verwendet werden und daß jeder bürokratische Zug, der entgegen aller Voraussicht vielfach beobachtet wird, ehestens beseitigt werde. Ueber die finanzielle Gebarung der Zentralstellen und die Verwendung etwaiger Ueberschüsse muß die Regierung Rechenschaft geben. Ist durch eine Neuregelung ein Erfolg nicht zu gewärtigen, so möge die Regierung schon heute Vorkehrungen treffen, daß die Auflösung dieser Lebensmittelzentralen ehestens bewirkt werde, um unter Heranziehung des legitimen Handels das wirtschaftliche Friedensleben wieder vorzubereiten.